



SACHSEN-ANHALT

Vertretung bei der
Europäischen Union

EU-Wochenspiegel

Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt

Ausgabe: 10/20 • 05.03.2020



SACHSEN-ANHALT

Vertretung bei der

Europäischen Union



Vorwort

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Leserinnen und Leser,

Mit Blick auf die Ausbreitung des Coronavirus hat das Europäische Parlament seine Aktivitäten für Besucher als Vorsichtsmaßnahme eingeschränkt. Besuche von Gruppen wurden mit sofortiger Wirkung für drei Wochen ausgesetzt und 130 Veranstaltungen wie Ausstellungen oder externe Konferenzen abgesagt. Der normale Politikbetrieb sowie das Plenum in der kommenden Woche werden jedoch wie geplant stattfinden, so Parlamentspräsident David Sassoli am Montagabend.

In dieser Woche tauschten sich die Abgeordneten am Mittwoch mit der Klimaaktivistin Greta Thunberg über die Neuen Klimagesetze und Klimaziele aus. Zudem legte die EU-Kommission ein Klimagesetz vor.

Im Ausschuss für Umweltfragen und öffentliche Gesundheit des EU-Parlaments wird heute über die Antwort der EU auf das Coronavirus diskutiert und über die Finanzierung des EU-Katastrophenschutzverfahrens abgestimmt. Das Verfahren unterstützt die Mitgliedstaaten bei der Bewältigung von Krisen, auch im Gesundheitsbereich.

Mit besten Grüßen

Carmen Johannsen
Leiterin der Landesvertretung



SACHSEN-ANHALT

Vertretung bei der
Europäischen Union

SACHSEN-ANHALT
Wirtschaft

Wirtschaft

Wirtschaft



Inhaltsverzeichnis

<u>Vorwort</u>	2
<u>Aus den Institutionen</u>	4
• Europäische Zentralbank startet Dialog mit den Bürgern	
• Albanien und Nordmazedonien machen weitere Fortschritte: Beitrittsverhandlungen sollten starten	
• Eurodesk: Über 70.000 Beratungen zu Auslandsaufenthalten	
• Europäische Bürgerinitiative: Kommission registriert Initiative „Wähler ohne Grenzen, volle politische Rechte für EU-Bürger“	
<u>Aus den Fachbereichen</u>	6
• #EU4FairWork: Kampagne zur Bekämpfung von Schwarzarbeit	
• EU unterstützt Griechenland mit Tausenden Migranten vor Grenze zur Türkei	
• Europäische Kommission startet weltweites Bündnis für Biodiversität	
• Eurobarometer: Neun von zehn Befragten halten Umwelt-und Klimaschutz für wichtig	
• Europäischer Klimapakt eingeleitet	
• Die Kommission legt Klimagesetzentwurf vor – Klimaneutralität bis 2050	
• EU-Kommission bildet Coronavirus-Reaktionsteam	
• EU-Projekte für Medienfreiheit	
• Förderung einer nachhaltigen Mobilität: Kommission schlägt 2021 als Europäisches Jahr der Schiene vor	
• Kapitalmarkt- und Bankenunion	
<u>Was, wann, wo</u>	13
• Wirtschaftsunioren Sachsen-Anhalt e.V. besuchen Landesvertretung	
• Praktische Jugendarbeit: Hilfestellung für die Arbeit mit Migranten	
• Museum Night Fever 2020 – 14. März 2020	
<u>Ausschreibungen</u>	15
• Stellenausschreibungen des Europäischen Parlaments	
• Ausschreibungshinweis vom Auswärtigen Amt	
<u>Kontaktbörse</u>	18
• Europäische Projekte – Diverse Partnergesuche	
<u>Büro intern / Tipp</u>	20
• Neu in der LV - Amanda Zieseniss, Praktikantin	
• Neu in der LV – Nikko Kulke, Praktikant	
• GOEUROPE - Quizfragen	
<u>Ihr Kontakt zu uns</u>	23
<u>Impressum</u>	24



Aus den Institutionen

[Zurück zur Übersicht](#)

Europäische Zentralbank startet Dialog mit den Bürgern

Die Europäische Zentralbank eröffnet einen Dialog für ihre strategische Neuausrichtung. Unter dem Slogan „Sie haben das Wort“ sollen die Bürger der Euro-Staaten an der Überprüfung der Strategie der Notenbank beteiligt werden. „Wir möchten zuhören und für die Meinungen, Erwartungen und Anliegen der Bürgerinnen und Bürger offen sein“, sagte EZB-Präsidentin Christine Lagarde in einem Video zum Auftakt.

Auf der von der EZB eingerichteten Website kann jeder seine Meinung darüber abgeben, was bei der Überprüfung der geldpolitischen Strategie berücksichtigt werden soll. Die Rückmeldungen können bis zum 24. April erfolgen. Neu ist auch die Veranstaltungsreihe „Die EZB hört zu“ in den Euro-Ländern, sie soll von den jeweiligen nationalen Zentralbanken organisiert werden. Auftakt ist am 26. März, Präsidentin Christine Lagarde und Chefvolkswirt Philip R. Lane treffen dann mit Organisationen der Zivilgesellschaft zu einem Meinungsaustausch in Brüssel zusammen. • *ah Quelle: EU-Nachrichten 04/20*

[Portal „Die EZB hört zu“](#)

Albanien und Nordmazedonien machen weitere Fortschritte: Beitrittsverhandlungen sollten starten

Die Europäische Kommission hat [Albanien](#) und [Nordmazedonien](#) weitere Fortschritte bei ihren Reformen zur Rechtsstaatlichkeit bescheinigt. „Die Kommission hält an ihren Empfehlungen fest, Beitrittsverhandlungen mit Albanien und Nordmazedonien aufzunehmen, und ich hoffe, dass die Mitgliedstaaten in den kommenden Wochen eine positive Entscheidung treffen“, sagte Olivér Várhelyi, EU-Kommissar für Nachbarschaft und Erweiterung.

„Nach der Annahme der überarbeiteten Methodik für den Beitrittsprozess im Februar legen wir heute unsere Sachstandsberichte über Albanien und Nordmazedonien vor. Daraus geht hervor, dass beide Länder ihre Anstrengungen verstärkt und in den in den [Schlussfolgerungen des Rates vom Juni 2018 genannten Schlüsselbereichen](#) weitere greifbare und nachhaltige Ergebnisse erzielt haben“, so Várhelyi.

Die Kommission, für die der westliche Balkan eine zentrale Priorität darstellt, verfolgt im Jahr 2020 einen dreigleisigen Ansatz. So hat sie am 5. Februar ihren Vorschlag vorgelegt, den Erweiterungsprozess mit stärkerer politischer Steuerung und mehr Glaubwürdigkeit, Berechenbarkeit und Dynamik voranzubringen. Gleichzeitig hält die Kommission an ihren Empfehlungen fest, Beitrittsverhandlungen mit Albanien und Nordmazedonien aufzunehmen, da beide Länder bei ihren Reformen weiter vorankommen. Drittens wird die Kommission zur Vorbereitung des Gipfeltreffens EU-Westbalkan, das am 6./7. Mai in Zagreb stattfindet, einen Entwicklungs- und Investitionsplan für die Region vorlegen.

In den heute vorgelegten Sachstandsberichten beschreibt die Kommission sachlich und objektiv die Fortschritte, die beide Länder seit Juni 2018 in den vom Rat genannten Bereichen erzielt haben. • *ah Quelle PM KOM*

Weitere Informationen finden Sie [hier](#) und [hier](#).



Eurodesk: Über 70.000 Beratungen zu Auslandsaufenthalten



Über 70.000 an Auslandsaufenthalten Interessierte haben sich 2019 beim Netzwerk Eurodesk Deutschland beraten lassen. Das am häufigste nachgefragte Programmformat waren internationale Freiwilligendienste. Die große Stärke des Eurodesk-Netzwerkes in ganz Europa ist die persönliche Beratung. Seit 30 Jahren berät das Informationsnetzwerk Eurodesk junge Menschen zu ihren Mobilitätschancen in Europa und weltweit.

Die Geschichte von Eurodesk begann 1990 als kleines, regionales Projekt in Schottland. Heute informieren und beraten über 1.100 Eurodesk-Fachkräfte in 36 europäischen Ländern über Freiwilligendienste, Jugendbegegnungen und Praktika im Ausland. Jugendliche in Deutschland können sich an 50 Eurodesk-Servicestellen im ganzen Bundesgebiet wenden. [GOEUROPE!](#) ist die regionale Servicestelle von Eurodesk in Sachsen-Anhalt. • *ah Quelle EU Nachrichten 04/2020*

Zur [Eurodesk-Website](#)

Europäische Bürgerinitiative: Kommission registriert Initiative „Wähler ohne Grenzen, volle politische Rechte für EU-Bürger“

Die Europäische Kommission hat heute beschlossen, eine Europäische Bürgerinitiative mit dem Titel „Wähler ohne Grenzen, volle politische Rechte für EU-Bürger“ zu registrieren. Die Organisatoren fordern "Reformen zur Stärkung der bestehenden Rechte der EU-Bürgerinnen und -Bürger auf das aktive und passive Wahlrecht bei den Europa- und Kommunalwahlen in ihrem Wohnsitzland sowie neue Gesetze, um diese auf regionale und nationale Wahlen und Referenden auszudehnen".

Das Ziel der Initiative ist es: "Hindernisse für die Registrierung von EU-Bürgern bei der Ausübung des aktiven und passiven Wahlrechts bei Europa- und Kommunalwahlen in ihrem Wohn- oder Herkunftsland zu beseitigen; die allgemeine Wahl als ein Grundrecht und einen Grundwert zu bekräftigen. EU-Bürger sollten das Recht haben, bei allen Wahlen und Referenden in ihrem Wohn- oder Herkunftsland zu wählen; Untersuchung der Auswirkungen einer solchen Europäisierung des Wahlrechts, der notwendigen Schutzvorkehrungen und der Frage, wie sie Drittstaatsangehörige einbeziehen könnten".

Die Kommission hält die Initiative für rechtlich zulässig, da sie die notwendigen Bedingungen erfüllt. Nach der Registrierung der Initiative können die Organisatoren innerhalb der nächsten 6 Monate mit einem einjährigen Prozess der Sammlung von Unterstützungsunterschriften beginnen. Sollte die Initiative innerhalb eines Jahres 1 Million Unterstützungsbelegungen aus mindestens 7 verschiedenen Mitgliedstaaten erhalten, muss die Kommission innerhalb von 6 Monaten reagieren. Die Kommission kann entscheiden, ob sie dem Ersuchen nachkommt oder nicht, und in beiden Fällen müsste sie ihre Gründe dafür erläutern. Seit Beginn der EBI hat die Kommission insgesamt 72 Bürgerinitiativen registriert und 26 abgelehnt. *nk Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen finden Sie [hier](#)

European Citizens` Initiative - [website](#)

Voters Without Borders - [website](#)



Aus den Fachbereichen

[Zurück zur Übersicht](#)

#EU4FairWork: Kampagne zur Bekämpfung von Schwarzarbeit

Die EU-Kommission will Arbeitnehmer, Unternehmen und politische Entscheidungsträger dafür sensibilisieren, dass sich Schwarzarbeit nicht lohnt. Dazu hat sie am 2. Februar die erste europäische Kampagne für angemeldete Erwerbstätigkeit gestartet. „Jede geleistete Arbeit ist wichtig, und alle Arbeitnehmer haben Anspruch auf ihre sozialen Rechte. Mit dem heutigen Start dieser Kampagne wollen wir, dass Arbeitnehmer, Unternehmen und Regierungen zusammenkommen, um die Vorteile angemeldeter Arbeit anzuerkennen“, so Nicolas Schmit, EU-Kommissar für Beschäftigung und soziale Rechte.

Eine [neue Eurobarometer-Umfrage](#) veranschaulicht das Ausmaß des Problems: Jeder zehnte Europäer gibt an, im vergangenen Jahr Waren oder Dienstleistungen erworben zu haben, die möglicherweise auf nicht angemeldete Erwerbstätigkeit zurückgehen. Ein Drittel der Europäer kennt jemanden, der eine nicht angemeldete Erwerbstätigkeit ausübt.

Die Kampagne zur Überführung nicht angemeldeter in angemeldete Erwerbstätigkeit startet in den sozialen Medien (#EU4FairWork). Am 16. März 2020 beginnt in den EU-Mitgliedstaaten eine [Aktionswoche für angemeldete Arbeit](#) mit einer Reihe von Aktivitäten, z.B. Inspektionen in Risikosektoren, Informationsveranstaltungen und Besuche in weiterführenden Schulen. Die Kommission wird ferner einen Bericht über die Tätigkeiten der [Europäischen Plattform zur Bekämpfung nicht angemeldeter Erwerbstätigkeit](#) annehmen, die sich aus den zuständigen Behörden aller Mitgliedstaaten und Vertretern branchenübergreifender Sozialpartner auf EU-Ebene zusammensetzt. Das Netz soll die EU-Länder dabei unterstützen, voneinander zu lernen und die grenzübergreifende Zusammenarbeit zu intensivieren. Die 2016 ins Leben gerufene Plattform soll nun ein Teil der [Europäischen Arbeitsbehörde](#) (ELA) werden, damit in Zukunft noch mehr getan werden kann.

- ah Quelle PM KOM

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).





EU unterstützt Griechenland mit Tausenden Migranten vor Grenze zur Türkei

EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hat am 3. März, mit EP-Präsident David Sassoli, Ratspräsident Charles Michel, dem kroatischen Premierminister Andrej Plenković als amtierendem Ratsvorsitzenden und Kommissionsvizepräsident Margaritis Schinas, die griechisch-türkische Landgrenze besucht. Sie versprach, dass die Kommission die notwendige operative Unterstützung für die griechischen Behörden mobilisieren werde. Die EU-Grenz- und Küstenwache Frontex bereite sich auf die Entsendung eines Grenzinterventionsteams vor, zu dem sieben Schiffe, zwei Helikopter, ein Flugzeug und 100 weitere Grenzschützer gehörten, die zusätzlich zu den 530 Frontex-Beamten, die sich bereits vor Ort befänden, mobilisiert würden. Frau von der Leyen kündigte weitere finanzielle Unterstützung in Höhe von 700 Mio. Euro für Griechenland zur Bewältigung der aktuellen Situation an der Außengrenze an. Davon seien 350 Mio. Euro sofort verfügbar. Auch der EU-Katastrophenschutzmechanismus sei auf Bitten Griechenlands aktiviert worden. Über diesen Weg können EU-Staaten Unterkünfte, Zelte, medizinische Teams und Ausrüstung nach Griechenland schicken. Auf der türkischen Seite der Grenze warten mehr als 10 000 Migranten darauf, in die EU zu gelangen, nachdem der türkische Präsident Erdogan am 29. Februar verkündet hatte, die Grenzen zur EU zu öffnen. Die griechische Regierung beschloss daraufhin, die Übergänge zu sperren und einen Monat lang keine Asylanträge anzunehmen. Die griechische Polizei setzte Tränengas ein und wurde auch selbst attackiert. Nach Angaben der griechischen Behörden hätten vom 3. auf den 4. März allein knapp 2.800 Menschen versucht, die Grenze illegal zu überqueren.

Seit März 2016 verpflichtet ein Abkommen mit der EU die Türkei u.a. dazu, gegen illegale Migration in die EU vorzugehen. Griechenland kann illegal auf die Ägäis-Inseln gelangte Migranten zurück in die Türkei schicken. Die EU übernimmt entsprechend für jeden Zurückgeschickten einen syrischen Flüchtling aus der Türkei und unterstützt das Land finanziell bei der Versorgung der Flüchtlinge in Höhe von 6 Milliarden Euro, von denen bis Anfang März über 3,2 Milliarden vor allem an Projektträger ausgezahlt worden sind. Anlässlich der aktuellen Ereignisse trafen Ratspräsident Charles Michel, der Hohe Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, Josep Borrell, sowie der für Krisen zuständige EU-Kommissar Janez Lenarčič mit Präsident Erdogan und weiteren hohen türkischen Politikern zusammen, um die Einhaltung des Flüchtlingsabkommens und Hilfe der EU zur Bewältigung der Folgen der Situation in Syrien zu diskutieren. Herr Borrell machte dabei deutlich, dass die EU weiterhin die Einhaltung des Flüchtlingspakts erwarte. Am 4. März kamen auf Ersuchen der EU-Kommission die Innenminister der EU zu einem Sondergipfel zusammen, auf dem die Kommission einen Aktionsplan mit Maßnahmen präsentierte, um Griechenland Unterstützung für das Grenzmanagement zu bieten. Die EU-Innenminister äußerten Kritik, dass die Türkei ihre Grenzen zu Europa für Flüchtlinge öffnete. In einer Erklärung heißt es, die EU lehne "die Nutzung von Migrationsdruck durch die Türkei zu politischen Zwecken entschieden ab" und bleibe entschlossen, die EU-Außengrenzen wirksam zu schützen - "Illegale Überquerungen werden nicht toleriert." Für den 6. März ist ein außerordentlicher Rat der Minister für Auswärtige Angelegenheiten mit einem Gedankenaustausch zu der Situation in Syrien und der Türkei in Zagreb geplant und am 13. März wird der Rat für Justiz und Inneres weiter an Maßnahmen zur Unterstützung Griechenlands arbeiten. *ml*

Weitere Informationen:

Pressemitteilung der EU-KOM vom [3.3.2020](#) und [4.3.2020](#)

Bemerkungen EU-KOM-Präsidentin auf der Pressekonferenz in Griechenland am [3.3. 2020](#)



Pressemitteilung der EU-KOM vom 4.03.2020 zum außerordentlichen JI-Rat - [Link](#)
Pressemitteilung des Rates zur Sitzung der Innenminister am 4.03.2020 - [Link](#)
Pressemitteilung des Rates zum Statement der Innenminister der EU vom 4.03.2020 - [Link](#)

Europäische Kommission startet weltweites Bündnis für Biodiversität

Im Vorfeld der 15. Konferenz der Vertragsparteien des Übereinkommens über biologische Vielfalt im Oktober 2020 in Kunming (China) hat die Europäische Kommission am 3. März 2020, dem UN World Wildlife Day, ein neues weltweites Bündnis für Biodiversität ins Leben gerufen. Mit dieser Kommunikationskampagne appelliert die Kommission an alle Nationalparks, Aquarien, botanischen Gärten, Zoos sowie Wissenschafts- und Naturkundemuseen, sich zusammenzuschließen und die Öffentlichkeit stärker für die Notwendigkeit des Biodiversitätsschutzes zu sensibilisieren. Dieser Appell ergeht ebenso an alle Behörden, Nichtregierungsorganisationen, Unternehmen, Forscher sowie Bürgerinnen und Bürger. Das neue Bündnis für Biodiversität ergänzt das Bündnis „[World aquariums #ReadyToChange to #BeatPlasticPollution](#)“ aus dem Jahr 2017, dem sich mehr als 200 Aquarien in 41 Ländern angeschlossen haben, um weltweit auf die Vermüllung der Meere aufmerksam zu machen. Gastgeber der Veranstaltung, auf der im Rahmen der Kampagne für saubere Meere dieses neue Bündnis gestartet wurde, war das Museum für Ozeanographie in Monaco.

• *ms Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

Die [vollständige Pressemitteilung](#)

Text der [Erklärung](#)

8

Eurobarometer: Neun von zehn Befragten halten Umwelt- und Klimaschutz für wichtig

Nach einer am 3. März 2020 veröffentlichten neuen Eurobarometer-Umfrage zu Umwelt- und Klimaschutz wollen die befragten Bürgerinnen und Bürger, dass mehr für den Umweltschutz getan werde. Große Unternehmen, Industrie, nationale Regierungen und die EU sowie sie selbst sollten hierfür Verantwortung übernehmen. Umweltprobleme könnten am wirksamsten bekämpft werden, wenn das eigene Konsumverhalten und die Art und Weise, in der produziert und Handel getrieben werde, sich ändere. Klimawandel, Luftverschmutzung und Abfälle werden der Umfrage zufolge als die drei wichtigsten Umweltprobleme angesehen. Über drei Viertel der Befragten seien der Meinung, dass Umweltaspekte direkte Auswirkungen auf ihr tägliches Leben und ihre Gesundheit hätten und mehr als 80 Prozent der Bürgerinnen und Bürger machten sich Sorgen wegen der Auswirkungen von in Alltagsprodukten enthaltenen Chemikalien. Diese Umfrage wurde im Dezember 2019 in allen EU-Mitgliedstaaten mit knapp 27 500 Teilnehmenden aus verschiedenen sozialen und demografischen Gruppen durchgeführt. • *ms*

Weiterführende Informationen enthält die vollständige [Pressemitteilung](#) der EU. • *ms*



Europäischer Klimapakt eingeleitet

Die Europäische Kommission startete am 4. März 2020 eine öffentliche Konsultation zu einer neuen, breit angelegten Initiative, dem Europäischen Klimapakt. Bürgerinnen und Bürger sowie Interessenträger können mitreden und sich beteiligen, wenn neue Klimaschutzmaßnahmen konzipiert, Informationen ausgetauscht, Maßnahmen auf Bürgerebene ergriffen und Lösungen vorgestellt werden, denen sich andere anschließen können. Die Beiträge werden in die Ausgestaltung des Klimapakts einfließen. Die öffentliche Konsultation läuft bis zum 27. Mai 2020. Ebenso hat die Kommission sogenannte „Fahrpläne“ zur ersten Folgenabschätzung zum geplanten CO₂- Grenzausgleichssystem sowie zur Überprüfung der Energiebesteuerungsrichtlinie veröffentlicht, der allen Interessierten die Möglichkeit gibt, sich innerhalb von vier Wochen dazu zu äußern. Mit diesen Initiativen wurde die Arbeit am Klimapakt offiziell aufgenommen. • *ms*

Die vollständige Pressemitteilung: [hier](#)

Öffentliche Konsultation: [hier](#).

CO₂-Grenzausgleichssystem: [hier](#)

Energiebesteuerungsrichtlinie: [hier](#)

Die Kommission legt Klimagesetzentwurf vor – Klimaneutralität bis 2050

Am 4. März 2020 veröffentlichte die Europäische Kommission ihren Entwurf für ein Klimagesetz. Der Verordnungsentwurf schreibt das verbindliche Ziel der Klimaneutralität der Europäischen Union bis spätestens 2050 fest und bildet den rechtlichen Rahmen für eine unumkehrbare, schrittweise Reduzierung von Treibhausgas-Emissionen sowie die Verbesserung des Abbaus von Treibhausgasen durch natürliche und andere Senken. Die Europäischen Institutionen sowie die Mitgliedstaaten sollen verpflichtet werden, alle notwendigen Maßnahmen zu treffen, um das Ziel der Klimaneutralität bis 2050 zu erreichen und für kontinuierliche Fortschritte bei Anpassungsfähigkeit an den Klimawandel sowie bei der Widerstandsfähigkeit zu sorgen. Der Kommission soll die Befugnis übertragen werden, im Rahmen sogenannter „delegierter Rechtsakte“ den Pfad festzulegen, mit dem das Ziel der Klimaneutralität bis 2050 erreicht werden wird. In einem 2030 beginnenden fünfjährigen Turnus sollen die Fortschritte auf der Grundlage bestehender Regelungen wie dem Governance-Prozess für die nationalen Energie- und Klimapläne der Mitgliedstaaten, regelmäßiger Berichte der Europäischen Umweltagentur sowie der neuesten wissenschaft-



lichen Erkenntnisse über den Klimawandel und seine Auswirkungen bewertet werden. Die Kommission will bis September 2020 die Möglichkeit prüfen, das Emissionsreduktionsziel 2030 von 40 Prozent auf 50 bis 55 Prozent heraufzusetzen und gegebenenfalls einen entsprechenden Vorschlag vorlegen. • *ms*

Die vollständige Pressemitteilung: [hier](#)

Der Entwurf des Klimagesetzes: [hier](#)



EU-Kommission bildet Coronavirus-Reaktionsteam

Die Europäische Kommission arbeitet weiterhin an allen Fronten, um die Mitgliedstaaten bei der Eindämmung des Coronavirus zu unterstützen, die EU-weite Koordination zu gewährleisten und so die Gesundheit der EU-Bürger zu schützen. Am 2. Februar wurde ein Corona-Reaktionsteam aus fünf Kommissaren ins Leben gerufen, das die Arbeit zur Eindämmung des COVID-19-Ausbruchs koordinieren wird. Auf einer Pressekonferenz im EU-Koordinierungszentrum für Notfallmaßnahmen sagte Präsidentin von der Leyen: „Die Maßnahmen zur Eindämmung des Coronavirus sind vielseitig und wir arbeiten seit acht Wochen daran, diese verschiedenen Bemühungen EU-weit abzustimmen.“

Von der Leyen gab zudem bekannt, dass das Europäische Zentrum für die Prävention und Kontrolle von Krankheiten (ECDC), das die Entwicklungen in der EU engmaschig überwacht, das Risiko für die EU-Bevölkerung von moderat zu hoch angepasst hat.

Das Corona-Reaktionsteam besteht aus Janez Lenarčič, zuständig für das Krisenmanagement, Stella Kyriakides, zuständig für Gesundheitsfragen, Innenkommissarin Ylva Johansson, zuständig für Grenzfragen, Verkehrskommissarin Adina Vălean, die für Mobilität zuständig ist und Wirtschaftskommissar Paolo Gentiloni, der die makroökonomischen Aspekte im Blick hat. Das Team wird an drei zentralen Themen arbeiten:

1. Im medizinischen Bereich geht es um Prävention, Informationskampagnen und persönliche Schutzausrüstung. Das Team arbeitet eng mit dem Europäischen Zentrum für die Prävention und Kontrolle von Krankheiten (ECDC) und der Europäischen Arzneimittelagentur zusammen.
2. Mobilität: Hier geht es um Verkehr, Reiseberatung bis hin zu Fragen zum Schengen-Raum.
3. Wirtschaft: Das Team befasst sich eingehend mit verschiedenen Wirtschaftssektoren - wie Tourismus, Verkehr, Handel, den Wertschöpfungsketten und der makroökonomischen Perspektive.

Es gibt zudem eine eigene [Website](#) mit allen EU-weit gültigen Informationen zu COVID-19. Die Website bietet Informationen über die wichtigsten Aktivitäten in den Bereichen Medizin, Katastrophenschutz, Mobilität, Wirtschaft und Statistik sowie Links zu den Websites der Mitgliedstaaten und zu den neuesten Studien. • *ah Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

EU-Projekte für Medienfreiheit

Mit 5,1 Mio. Euro unterstützt die EU drei Projekte, mit denen Freiheit und Pluralismus im Mediensektor gefördert werden. Das hat die EU-Kommission am 2. Februar bekannt gegeben. Věra Jourová, Vizepräsident für Werte und Transparenz, sagte: „Die Demokratie kann ohne freie und unabhängige Medien nicht funktionieren. Journalisten sollten ohne Angst oder Gefälligkeiten arbeiten können. Die heutigen Pläne sind erst der Anfang. Mehr denn je ist diese Kommission entschlossen, zur Stärkung der Medienfreiheit und des Medienpluralismus beizutragen, die ein Hauptziel unseres bevorstehenden Europäischen Aktionsplans für Demokratie ist“.

Das Europäische Zentrum für Presse- und Medienfreiheit in Leipzig (ECPMF) leitet [eines der Projekte](#) und hat heute einen gesamteuropäischen Mechanismus zur Reaktion auf Verletzungen der Medienfreiheit eingerichtet. Damit sollen Verletzungen der Medienfreiheit



aufgedeckt und verhindert sowie darauf reagiert werden. Außerdem erhalten bedrohte Journalisten aus ganz Europa praktische Hilfe.

Weitere geförderte Projekte sind ein [grenzüberschreitender Fonds für investigativen Journalismus](#), der vom Internationalen Presseinstitut verwaltet wird sowie eine Reihe von Aktivitäten, die unabhängigen und kooperativen Journalismus unterstützen und die Medienfreiheit in der gesamten EU fördern.

Außerdem hat die EU-Kommission den [Medienpluralismus-Monitor](#), der sich auf die Ermittlung von Risiken für den Medienpluralismus in Europa konzentriert, ab 1. März 2020 um ein weiteres Jahr verlängert.

Die vorläufigen Ergebnisse des diesjährigen Berichts werden auf der Veranstaltung „[Medien und Demokratie: der Weg in die Zukunft](#)“ am 20. März in Brüssel diskutiert. Alle Berichte werden voraussichtlich im April 2020 veröffentlicht. Schließlich ergänzen zwei derzeit laufende [Pilotprojekte im Wert von 1,7 Mio. Euro](#) die EU-Maßnahmen in diesem Bereich, indem sie die Mobilität junger Medienfachleute und die [Medien bei der Digitalisierung](#) unterstützen. Weitere Informationen zu den Projekten finden Sie [hier](#). • *ah Quelle: PM Vertretung KOM in Deutschland*

Die vollständige Pressemitteilung finden Sie [hier](#).

Förderung einer nachhaltigen Mobilität: Kommission schlägt 2021 als Europäisches Jahr der Schiene vor

Die Kommission hat am 4. März vorgeschlagen, 2021 zum Europäischen Jahr der Schiene zu erklären, um zur Verwirklichung der Ziele des europäischen Grünen Deals im Verkehrsbereich beizutragen. Im Rahmen von Veranstaltungen, Kampagnen und Initiativen wird 2021 Werbung für die Schiene als ein nachhaltiger, innovativer und sicherer Verkehrsträger betrieben. Dabei werden ihre Vorzüge für die Menschen, die Wirtschaft und das Klima gezielt herausgestellt und die verbleibenden Herausforderungen bei der Schaffung eines echten einheitlichen europäischen Eisenbahnraums ohne Grenzen in den Fokus gerückt.

Als einer unserer nachhaltigsten und sichersten Verkehrsträger wird die Bahn eine wichtige Rolle im europäischen Mobilitätssystem der Zukunft spielen. Sie ist nicht nur umweltfreundlich und energieeffizient, sondern auch der einzige Verkehrsträger, der seine CO₂-Emissionen seit 1990 fast ununterbrochen senken konnte, während das Beförderungsvolumen gleichzeitig zunahm.

Das Europäische Jahr der Schiene wird zu einer rascheren Modernisierung der Eisenbahn beitragen. Dies ist notwendig, um die Bahn als Alternative zu weniger nachhaltigen Verkehrsträgern attraktiver zu machen.

2021 wird das erste volle Jahr sein, in dem die im Rahmen des vierten Eisenbahnpakets beschlossenen Vorschriften in der gesamten EU umgesetzt werden. Auch stehen 2021 für die Eisenbahn eine Reihe wichtiger Jubiläen an: 20. Jahrestag seit Verabschiedung des ersten Eisenbahnpakets, 175-jähriges Bestehen der ersten Eisenbahnverbindung zwischen zwei EU-Hauptstädten (Paris-Brüssel) sowie 40 Jahre TGV und 30 Jahre ICE. • *nk Quelle: PM KOM*

Weitere Information finden Sie [hier](#)



Kapitalmarkt- und Bankenunion: Kommission betont die Bedeutung der weiteren Integration

Die Europäische Kommission hat am 3. März den jährlichen europäischen Finanzstabilitäts- und Integrationsbericht für 2020 veröffentlicht. Obwohl die Banken seit der Finanzkrise ihre Bilanzen sanieren konnten, kämpfen sie nach wie vor mit geringer Rentabilität und suchen nach neuen Geschäftsmodellen. Immer mehr Tech-Unternehmen treten als Wettbewerber im traditionellen Bankgeschäft auf. Viele Banken in der EU haben sich nach der Finanzkrise von 2008 auf ihre Heimatmärkte zurückgezogen. Um effizientere, wirklich gesamteuropäische Kapital- und Bankenmärkte zu bekommen, braucht es Fortschritte bei der Kapitalmarkt- und Bankenunion.

Zusätzlich zu den Entwicklungen im Bankensektor kombiniert der diesjährige Bericht verschiedene Perspektiven auf die verschiedenen strukturellen Veränderungen, die im europäischen Finanzsystem stattfinden.

Die Integration an den Geld-, Anleihe-, Aktien- und Bankenmärkten hat sich 2019 unterschiedlich entwickelt. An den Geld- und Anleihemärkten nahm die Konvergenz der Preise zu – ein starkes Indiz für mehr Integration. An den Aktienmärkten nahm die Preisintegration jedoch ab und an den Bankmärkten kam sie zum Stillstand, was die Bedeutung der fortgesetzten Bemühungen um die Weiterentwicklung der Kapitalmarkt- und Bankenunion verdeutlicht. • *az Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).



Was, wann, wo

[Zurück zur Übersicht](#)

Wirtschaftsjunioren Sachsen-Anhalt e.V. besuchen Landesvertretung

Unter Leitung ihres Landesvorsitzenden, Martin Steffen, besuchte eine Delegation der Wirtschaftsjunioren Sachsen-Anhalt e.V. die Landesvertretung. Neben einer Besichtigung der geschichtlich und architektonisch interessanten Liegenschaft erhielten die Besucher einen Einblick in die Aufgaben und Arbeitsweise der Landesvertretung. Zudem gab es Informationen über die Schwerpunkte der neuen EU-Kommission unter ihrer deutschen Präsidentin Ursula von der Leyen sowie einen Ausblick auf die neue EU-Förderperiode ab 2021.

Das weitere Programm der Gruppe sah noch Termine bei der EU-Kommission und beim EU-Büro des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK) sowie ein Treffen mit Sven Schulze, Europaabgeordneter für Sachsen-Anhalt, vor.

Die Wirtschaftsjunioren Sachsen-Anhalt e.V. sind der Zusammenschluss der regionalen Wirtschaftsjunioren-Kreise des Bundeslandes. Der Landesverband, der sich insbesondere für ehrbares Unternehmertum, Bildung und Netzwerken einsetzt, sorgt für die Koordination gemeinsamer Projekte und einen regelmäßigen Informationsaustausch sowie die Vernetzung der Wirtschaftsjunioren landesweit. • *dw*





Praktische Jugendarbeit: Hilfestellung für die Arbeit mit Migranten

Mit einem bundesweiten Trainingsangebot unterstützt die Agentur Jugend für Europa die Arbeit von Organisationen und Personen mit jungen Geflüchteten, Migranten und Asylbewerbern. Insgesamt acht Wochenendseminare bieten die Möglichkeit, sich mit anderen auszutauschen und so neue Ideen und Ansätze kennenzulernen. Auf dem Programm stehen außerdem die interkulturelle Sensibilisierung, der Umgang mit schwierigen Situationen sowie die Erschließung neuer Ressourcen für diese Arbeit. Die Trainingsreihe knüpft an das europäische Netzwerkprojekt „Becoming a part of Europe“ an.

Das nächste Seminar findet vom 27. bis 29. März in Nürnberg statt. • ah

[Weitere Termine und Anmeldung](#)



Museum Night Fever 2020 – 14. März 2020



Museum Night Fever, findet am 14. März von 19 Uhr bis 01:00 Uhr nachts statt. Diese Museumsnacht in Brüssel will das junge Schaffen feiern. Im Laufe des Abends werden 1.000 junge Talente aus allen Disziplinen sich von den Sammlungen und Hit-Ausstellungen der Museen inspirieren lassen und sie in ihre ganz eigene Spielwiese verwandeln. Das Programm umfasst Musik, Performances, Tanz, künstlerische Installationen, Film, Animation, Glitzer, Rausch und vor allem das Unerwartete. Dieses Jahr werden 31 Museen teilnehmen. Mehr Informationen unter www.museumnightfever.be. • ah



Ausschreibungen

[Zurück zur Übersicht](#)

Gegenstand:	Europäisches Parlament Direktor(in) Generaldirektion Interne Politikbereiche der Union — Direktion Ressourcen
Fundstelle: Abl.	C 65A vom 28. Februar 2020 https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=OJ:C:2020:065A:TOC
Bewerbungsfrist:	20. März 2020, 12.00 Uhr (Mittag) Brüsseler Zeit
Antragsunterlagen:	Die Bewerber werden gebeten, per E-Mail unter Angabe der Referenznummer der Bekanntmachung (PE/233/S) im Betreff ein Bewerbungsschreiben (z. Hd. des Herrn Generalsekretärs des Europäischen Parlaments, Stellenausschreibung Nr. PE/233/S) und einen Lebenslauf im Format Europass als PDF-Dateien an folgende Adresse zu senden: PERS-EPSeniorManagement@ep.europa.eu

Gegenstand:	Europäisches Parlament Direktor(in) externe Politikbereiche der Union — Direktion Demokratieförderung
Fundstelle: Abl.	C 65A vom 28. Februar 2020 https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=OJ:C:2020:065A:TOC
Bewerbungsfrist:	20. März 2020, 12.00 Uhr (Mittag) Brüsseler Zeit
Antragsunterlagen:	Die Bewerber werden gebeten, per E-Mail unter Angabe der Referenznummer der Ausschreibung (PE/234/S) im Betreff der E-Mail ein Bewerbungsschreiben (z. Hd. des Herrn Generalsekretärs des Europäischen Parlaments, Stellenausschreibung Nr. PE/234/S) und einen Lebenslauf im Format Europass als PDF-Dateien an folgende Adresse zu senden: PERS-EPSeniorManagement@ep.europa.eu

Gegenstand:	Europäisches Parlament Direktor(in) Generaldirektion Kommunikation
Fundstelle: Abl.	C 65A vom 28. Februar 2020 https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=OJ:C:2020:065A:TOC
Bewerbungsfrist:	20. März 2020, 12.00 Uhr (Mittag) Brüsseler Zeit
Antragsunterlagen:	Die Bewerber werden gebeten, per E-Mail unter Angabe der Referenznummer der Ausschreibung (PE/235/S) im Betreff der E-Mail ein Bewerbungsschreiben (z. Hd. des Herrn Generalsekretärs des Europäischen Parlaments, Stellenausschreibung Nr. PE/235/S) und einen Lebenslauf im Format Europass als PDF-Dateien an folgende Adresse zu senden: PERS-EPSeniorManagement@ep.europa.eu



Gegenstand:	Europäisches Parlament Direktor(in) Generaldirektion Personal, Direktion Ressourcen
Fundstelle: Abl.	C 65A vom 28. Februar 2020 https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=OJ:C:2020:065A:TOC
Bewerbungsfrist:	20. März 2020, 12.00 Uhr (Mittag) Brüsseler Zeit
Antragsunterlagen:	Die Bewerber werden gebeten, per E-Mail unter Angabe der Referenznummer der Ausschreibung (PE/236/S) im Betreff der E-Mail ein Bewerbungsschreiben (z. Hd. des Herrn Generalsekretärs des Europäischen Parlaments, Stellenausschreibung Nr. PE/236/S) und einen Lebenslauf im Format Europass als PDF-Dateien an folgende Adresse zu senden: PERS-EPSeniorManagement@ep.europa.eu

Gegenstand:	Europäisches Parlament Direktor(in) Generaldirektion Infrastrukturen und Logistik, Direktion integriertes Gebäudemanagement
Fundstelle: Abl.	C 65A vom 28. Februar 2020 https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=OJ:C:2020:065A:TOC
Bewerbungsfrist:	20. März 2020, 12.00 Uhr (Mittag) Brüsseler Zeit
Antragsunterlagen:	Die Bewerber werden gebeten, per E-Mail unter Angabe der Referenznummer der Ausschreibung (PE/237/S) im Betreff der E-Mail ein Bewerbungsschreiben (z. Hd. des Herrn Generalsekretärs des Europäischen Parlaments, Stellenausschreibung Nr. PE/237/S) und einen Lebenslauf im Format Europass als PDF-Dateien an folgende Adresse zu senden: PERS-EPSeniorManagement@ep.europa.eu

Gegenstand:	Europäisches Parlament Direktor(in) Generaldirektion Übersetzen, Direktion Unterstützung und technologische Dienste für die Übersetzung
Fundstelle: Abl.	C 65A vom 28. Februar 2020 https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=OJ:C:2020:065A:TOC
Bewerbungsfrist:	20. März 2020, 12.00 Uhr (Mittag) Brüsseler Zeit
Antragsunterlagen:	Die Bewerber werden gebeten, per E-Mail unter Angabe der Referenznummer der Ausschreibung (PE/238/S) im Betreff der E-Mail ein Bewerbungsschreiben (z. Hd. des Herrn Generalsekretärs des Europäischen Parlaments, Stellenausschreibung Nr. PE/238/S) und einen Lebenslauf im Format Europass als PDF-Dateien an folgende Adresse zu senden: PERS-EPSeniorManagement@ep.europa.eu

Gegenstand:	Europäisches Parlament Direktor(in) Generaldirektion Übersetzen, Direktion bürgernahe Sprache
Fundstelle: Abl.	C 65A vom 28. Februar 2020



	https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=OJ:C:2020:065A:TOC
Bewerbungsfrist:	20. März 2020, 12.00 Uhr (Mittag) Brüsseler Zeit
Antragsunterlagen:	Die Bewerber werden gebeten, per E-Mail unter Angabe der Referenznummer der Ausschreibung (PE/239/S) im Betreff der E-Mail ein Bewerbungsschreiben (z. Hd. des Herrn Generalsekretärs des Europäischen Parlaments, Stellenausschreibung Nr. PE/239/S) und einen Lebenslauf im Format Europass als PDF-Dateien an folgende Adresse zu senden: PERS-EPSeniorManagement@ep.europa.eu

Gegenstand:	Europäisches Parlament Direktor(in) Logistik und Verdolmetschung für Konferenzen, Direktion Dolmetschen
Fundstelle: Abl.	C 65A vom 28. Februar 2020 https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=OJ:C:2020:065A:TOC
Bewerbungsfrist:	20. März 2020, 12.00 Uhr (Mittag) Brüsseler Zeit
Antragsunterlagen:	Die Bewerber werden gebeten, per E-Mail unter Angabe der Referenznummer der Ausschreibung (PE/240/S) im Betreff der E-Mail ein Bewerbungsschreiben (z. Hd. des Herrn Generalsekretärs des Europäischen Parlaments, Stellenausschreibung Nr. PE/240/S)

Gegenstand:	Europäisches Parlament Direktor(in) Generaldirektion Finanzen, Direktion finanzielle und soziale Rechte der Mitglieder
Fundstelle: Abl.	C 65A vom 28. Februar 2020 https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=OJ:C:2020:065A:TOC
Bewerbungsfrist:	20. März 2020, 12.00 Uhr (Mittag) Brüsseler Zeit
Antragsunterlagen:	Die Bewerber werden gebeten, per E-Mail unter Angabe der Referenznummer der Ausschreibung (PE/241/S) im Betreff der E-Mail ein Bewerbungsschreiben (z. Hd. des Herrn Generalsekretärs des Europäischen Parlaments, Stellenausschreibung Nr. PE/241/S)

Ausschreibungshinweis vom Auswärtigen Amt

Das **Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi)** sucht aktuell Naturwissenschaftlerinnen/ Naturwissenschaftler, Ingenieurinnen/ Ingenieure, Mathematikerinnen/ Mathematiker, Informatikerinnen/ Informatiker für eine unbefristete Beschäftigung in Berlin und Bonn.

Ihre Online-Bewerbung mit Anschreiben, tabellarischem Lebenslauf, Studienzeugnissen sowie Beschäftigungsnachweisen richten Sie bitte bis zum 08.03.2020 über www.interamt.de an das BMWi. • *ah Quelle: Rundmail AA vom 28. Februar 2020*



Kontaktbörse

[Zurück zur Übersicht](#)

Europäische Projekte - Diverse Partnergesuche



Die Partnergesuche wurden erstellt von Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt

Mehr Kooperationsprofile finden Sie in der EEN-Datenbank [Link](#)

Wir stehen Unternehmen zur Seite

Programm Profiltyp Land	Kontakt und Details	Kurzbeschreibung / Stichworte
Forschungs- such Horizon 2020 Italien	Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt Corinna Kunert Tel. 0391 74435-22 E-Mail: kooperation@een-sachsen-anhalt.de	KMU im Bereich der Oberflächenwandler und metallischen Nanostrukturen gesucht Ein italienisches Forschungszentrum wird ein FET Open-Projekt im Bereich der DNA-Manipulation und -Auswertung für Sensortechnologie und Biomarker-Detektion/Identifikation koordinieren. Es werden KMUs gesucht, die über Erfahrung in der F&E im Bereich der Entwicklung von Sensoroberflächen, Nanostrukturierung und Beschichtung, sowie in maschinellem Lernen, Mechatronik und Prototyping verfügen, um die Qualität und Quantität der produzierten Daten zu verwalten. Die Partner werden die experimentelle Entwicklungs- und Validierungsphase leiten. Nähere Informationen finden Sie hier . Referenznummer: RDIT20200115001
Geschäftliches Gesuch Spanien	Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt Corinna Kunert Tel. 0391 74435-22 E-Mail: kooperation@een-sachsen-anhalt.de	Spanische Firma sucht Hersteller eines Metalldeckels für selbsterhitzende Getränkedosen Ein spanischer Hersteller von Getränketechnologie und selbsterhitzenden Getränken sucht einen Hersteller von lebensmitteltauglichen Metallhaltedeckeln für die Anwendung auf selbsterhitzenden Getränkedosen. Es wird ein Fertigungsabkommen angestrebt. Die Deckel sollen die folgenden Spezifikationen erfüllen: <ul style="list-style-type: none"> • Material: Zinnfreier Stahl (TFS) oder elektrolytisches Weißblech (ETP) • Größe: 73 mm (300 Zoll)



		<ul style="list-style-type: none">• Tab: Aufsteckglas (SOT) für Getränke• für Lebensmittelkontakt innen geeignet (angemessene Lackierung) und Bisfenol A frei (EU-Anforderungen) + Bisfenol S frei <p>Nähere Informationen finden Sie hier. Referenznummer: BRES20200210001</p>
Geschäftliches Gesuch Portugal	Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt Corinna Kunert Tel. 0391 74435-22 E-Mail: kooperation@een-sachsen-anhalt.de	Portugiesisches Unternehmen sucht neue Produkte zur Reduzierung von Energie, Wasser und organischem Abfall Ein portugiesisches KMU mit mehr als 9 Jahren Erfahrung in der technischen Analyse und Umsetzung von Energieeffizienzprojekten, Lösungen zum Wasserverbrauch und zur Beseitigung organischer Abfälle sucht nach neuen innovativen Produkten, um sein Angebotsportfolio zu erweitern. Es sollte sich um innovative technische Lösungen für die Minimierung des Wasser- oder Energieverbrauchs und für die Entsorgung von organischen Abfällen handeln. Das Unternehmen sucht private Unternehmen, um eine Vereinbarung über Vertriebsdienstleistungen abzuschließen. Nähere Informationen finden Sie hier . Referenznummer: BRPT20191023001
Geschäftliches Gesuch Finnland	Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt Corinna Kunert Tel. 0391 74435-22 E-Mail: kooperation@een-sachsen-anhalt.de	Finnisches Unternehmen sucht Lieferanten von Traktor-Ersatzteilen Ein Traktor-Service- und Lieferunternehmen aus Finnland sucht Traktor-Ersatzteil-Großhändler, -Händler oder auch Schrottplätze mit einer umfangreichen Auswahl. Der ideale Partner hätte Erfahrung im Ersatzteil-Export und gute Verbindungen zu den Herstellern oder Großhändlern sowie Know-how und Kenntnisse der Branche. Die potenzielle Zusammenarbeit könnte eine Vereinbarung über Vertriebsdienstleistungen sein. Nähere Informationen finden Sie hier . Referenznummer: BRFI20200212001



Büro intern / Tipp

[Zurück zur Übersicht](#)

Büro intern

Neu in der LV - Amanda Zieseniss, Praktikantin

Mein Name ist Amanda Zieseniss und ich werde in den kommenden vier Monaten in der Vertretung des Landes Sachsen-Anhalts mein Praktikum absolvieren.

Nachdem ich mein Abitur in der Nähe von Hannover abgeschlossen habe, bin ich nach Stendal gezogen. Dort studiere ich an der Hochschule Magdeburg-Stendal Betriebswirtschaftslehre im vierten Semester. An der Hochschule arbeite ich für den Studienleiter des Risikomanagementmasters und habe mich im dritten Semester in dem Fachschaftsrat der Hochschule engagiert.

Für mein verpflichtendes Praktikum wollte ich einen Praktikumsplatz bekommen, der mir die Möglichkeit bietet mich wirtschaftspolitisch weiterzubilden und einen Einblick in die Verfassung von europäischen Vorlagen für Unternehmen zu erlangen. Zudem ist es mein erstes Praktikum in einer öffentlichen Verwaltung, weswegen ich auf die internen sowie externen Abläufe einer Landesvertretung besonders gespannt bin.

Ich freue mich sehr auf die kommenden vier Monate und auf die baldige Zusammenarbeit mit dem ganzen Team.

Neu in der LV – Nikko Kulke, Praktikant

Mein Name ist Nikko Kulke und ich studiere im 6. Semester Rechtswissenschaften an der Martin-Luther-Universität Halle Wittenberg. In den nächsten 5 Wochen werde ich ein Praktikum hier in der Landesvertretung bei der Referentin für Justiz und Inneres, Frau Lehnart absolvieren.

Vor Abschluss meines Abiturs habe ich ein freiwilliges soziales Jahr in Schottland absolviert. Meine ersten universitären Erfahrungen konnte ich an der Radboud University in Nijmegen, bei einem ersten Jura-Studium mit Schwerpunkt auf Unions- und Völkerrecht sammeln. In dieser Zeit war ich wissenschaftlicher Mitarbeiter an einer Strafrechtskanzlei und habe bereits erste Eindrücke in der praktischen Anwendung des Rechts erhalten. Es ergab sich daraufhin erneut die Möglichkeit Rechtswissenschaften in Deutschland zu studieren. An der MLU in Halle liegt mein Interessensschwerpunkt neben den akademischen Pflichten auf Unions- und Strafrechtlichen Fragestellungen sowie Anthropologie und Recht. Das vergangene Jahr habe ich im Rahmen des Erasmusprogramms in Istanbul gelebt und konnte dort Rechtsvergleichungen vornehmen.

Gerade von dem Praktikum in der Landesvertretung erhoffe ich einen Einblick zu erhalten in die praktische Anwendung und Erarbeitung von Unionsrechts sowie der Wechselwirkung zwischen regionaler Vertretung in Brüssel und Belangen vor Ort in Sachsen-Anhalt.

Ich freue mich sehr auf die gemeinsame Zeit in Brüssel und die Zusammenarbeit mit allen Mitarbeitenden und insbesondere der Referentin Frau Lehnart.



GOEUROPE! die Jugendberatungsstelle



GOEUROPE! Europäisches Jugend Kompetenz Zentrum Sachsen-Anhalt ist die Jugendberatungsstelle für Fragen zu europäischen Mobilitätsprogrammen sowie in der Vermittlung europäischer Themen und

Kompetenzen an junge Menschen in Sachsen-Anhalt.

Gefördert aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds und des Landes Sachsen-Anhalt im Rahmen des Programms „Sachsen-Anhalt Transnational“ hat sich das Europäische Jugend Kompetenz Zentrum Sachsen-Anhalt zum Ziel gesetzt, die beruflichen Chancen und die Beschäftigungsfähigkeit junger Sachsen-Anhalter durch die Vermittlung europäischer Kompetenzen zu steigern.

In Trägerschaft des DRK Landesverbandes Sachsen-Anhalt e.V. wird GOEUROPE! gefördert aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) und des Landes Sachsen-Anhalt im Rahmen des Programms „Sachsen-Anhalt transnational“.



Landesverband Sachsen-Anhalt e.V.

Viel Spaß beim Lösen der GOEUROPE! Quizfragen dieser Woche:

Seit mehreren Wochen beschäftigen sich weltweit die Gesellschaft, die Wissenschaft und auch die Wirtschaft mit dem Covid-19 Virus. Tagtäglich ist in den Medien von den vermeintlichen Gefahren des Virus, oder von Warnungen vor Panikmache zu hören. Da es derzeit noch keinen Impfstoff gibt, hat sich die EU das Ziel gesetzt, Infektionen zu verhindern oder die weitere Ausbreitung nach einer Infektion einzudämmen. Aber wie genau soll die Eindämmung funktionieren? Und was wurde bereits gegen das Covid-19 Virus unternommen? Vielleicht wissen Sie es bereits?

1. Wie werden die Abkommen bezeichnet, die eine verstärkte Zusammenarbeit im Katastrophenfall regeln?
 - A. EU-Katastrophenschutz-Mechanismus
 - B. EU-FIRST-AID-KIT
 - C. EU-catastrophic-protection-mitigation
2. Unter welchen Bedingungen werden diese Mechanismen in Kraft gesetzt?
 - A. Für alle Katastrophenfälle innerhalb und außerhalb der EU möglich
 - B. Wenn Mitgliedsstaaten in der EU betroffen sind
 - C. Wenn mehr als zwei Mitgliedsländer betroffen sind
3. Wie hoch ist die Finanzierungssumme der EU für eine weltweite Vorsorge und Prävention sowie Eindämmung des Covid-19 Virus?
 - A. 116 Mio. €
 - B. 232 Mio. €
 - C. 396 Mio. €



4. Seit dem 3. März arbeitet ein europäisches Koordinierungsteam zur strategischen Bekämpfung des Virus. Aus welchen Personen besteht dieses Team?
- A. Sechs Ministern des Rates der Europäischen Union
 - B. Fünf europäischen Kommissarinnen und Kommissaren
 - C. Ein Ausschuss zur Bekämpfung von Covid-19 des EU-Parlamentes

Lösungen:

Frage 1:

A) Als EU-Katastrophenschutz-Mechanismus werden die Abkommen der Europäischen Union bezeichnet, die eine verstärkte Zusammenarbeit im Falle von Katastrophen regeln. Funktionaler Kern des Mechanismus ist das Beobachtungs- und Informationszentrum.

Frage 2:

A) Wenn das Ausmaß eines Notfalls die Reaktionsfähigkeit eines Landes überfordert, kann es über den EU-Katastrophenschutz-Mechanismus Hilfe anfordern. Durch die Bündelung der Katastrophenschutzkapazitäten und -fähigkeiten ermöglicht sie eine stärkere und kohärentere kollektive Reaktion auf Katastrophen. Jedes Land der Welt, aber auch die Vereinten Nationen und ihre Organisationen oder eine einschlägige internationale Organisation können das EU-Verfahren für den Katastrophenschutz um Hilfe bitten. Das Verfahren wurde bei einigen der verheerendsten Katastrophen und komplexen Notlagen eingesetzt. Beispiele hierfür sind der Ausbruch von Ebola in Westafrika (2014) und in der Demokratischen Republik Kongo (2018) sowie kürzlich die Folgen des tropischen Wirbelsturms Idai in Mosambik (2019).

Frage 3:

B) Die Finanzierungsmittel der EU für eine weltweite Vorsorge und Prävention sowie Eindämmung des Covid-19 Virus belaufen bislang sich auf 232 Mio. €.

Frage 4:

B.) Ein Reaktionsteam aus fünf Kommissarinnen und Kommissaren, das die Arbeit zur Eindämmung des Ausbruchs koordinieren wird.

Quellen:

- [Reaktion der EU auf COVID-19](#)
- [EU Civil Protection Mechanism](#)





Ihr Kontakt zu uns

[Zurück zur Übersicht](#)

Unsere Anschrift

Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt
bei der Europäischen Union
80, Boulevard Saint Michel
B – 1040 Brüssel
Belgien

E-Mail-Adresse

sekretariat@lv-bruessel.stk.sachsen-anhalt.de

Telefon (Sekretariat)

+32 2 741 09 31

Telefon (direkt)

+32 2 741 09 – Durchwahl

Fax

+ 32 2 741 09 39

Ihre Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner

Name	Fachbereiche und Themen		
Carmen Johannsen (CJ)	Leiterin des Büros, Grundsatzangelegenheiten der EU	...30	E-Mail
Daniel Wentzlaff (DW)	Stellvertretender Leiter des Büros Digitale Agenda, Energie, KMU, Cluster- und Industriepolitik, Tourismus, Standortmarketing	...19	E-Mail
Dr. Margarete Schwarz (MS)	Landwirtschaft, Umwelt	...12	E-Mail
Martina Lehnart (ML)	Justiz und Innenpolitik	...18	E-Mail
David Fenner (DF)	Innovation, Forschung, Beihilfen und Vergabe, Regionalpolitik	...10	E-Mail
Silke Antos (SIA)	Ausschuss der Regionen, Demografie, EU- Förderprogramme, Verkehr, Soziales	...16	E-Mail
Antonieta Hofmann (AH)	Kultur, Bildung, ÖA, Medien, Haushalt, Veranstaltungen	...38	E-Mail
N.N.	Redaktion EU-Wochenspiegel, Veranstaltungen	...32	E-mail
Doris Bergner (DB)	Verwaltung, Veranstaltungen	...36	E-Mail
Marion Straßer (MaS)	Assistenz der Leiterin und Sekretariat, Besucherbetreuung	...31	E-Mail
Martina Denck (MD)	Hospitantin	...34	E-Mail
Luise Böttcher (LB)	Praktikantin	...14	E-Mail
Amanda Zieseniss (AZ)	Praktikantin	...22	E-Mail
Nikko Kulke (NK)	Praktikant	...22	E-Mail

[Zurück zur Übersicht](#)



SACHSEN-ANHALT

Vertretung bei der
Europäischen Union

Impressum

Herausgeber

Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt bei der
Europäischen Union
Boulevard Saint Michel 80, 1040 Brüssel

Verantwortliche Redakteurin

Antonietta Hofmann

Fotos

Antonietta Hofmann, sofern nicht anders
angegeben oder Quelle: Internet

Layout

Patrick Karwath

Die Artikel sind mit Namenskürzeln versehen.

Dieser Newsletter wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung Sachsen-Anhalt herausgegeben. Er darf weder von Parteien noch von Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf dieser Newsletter nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Landesregierung zugunsten einzelner Gruppen verstanden werden könnte.

